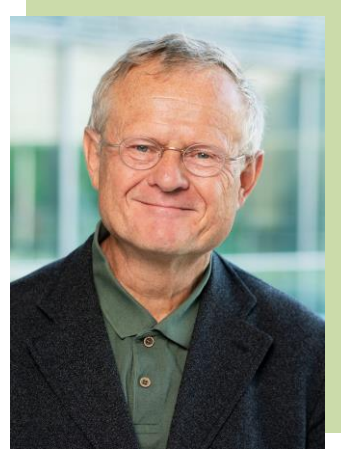




Interview mit

## Prof. Dr. Armin Grau

Mitglied der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen  
im Deutschen Bundestag



©: Stefan Kaminski

### Als langjähriger leitender Arzt einer großen Klinik klinisch-praktische Erfahrungen in die Politik tragen - eine große Chance!

**Kurzvita:** Medizinstudium in Heidelberg. Nach Staatsexamen von 1987 bis 2003 Tätigkeit an der Neurologischen Universitätsklinik in Heidelberg. Wissenschaftlicher Schwerpunkt: neue Risikofaktoren für den Schlaganfall. 1997 Habilitation für das Fach Neurologie, 2003 Berufung auf die Leitung der Neurologischen Klinik am Klinikum Ludwigshafen, dort von 2010 - 2014 auch Ärztlicher Direktor des Klinikums.

Schon in jungen Jahren politisch aktiv bei den Grünen, 2008 Gründung eines Ortsverbandes in seinem Wohnort Altrip bei Ludwigshafen, bei der Bundestagswahl 2021 11,2 % der Erststimmen im Bundestagswahlkreis Ludwigshafen Frankenthal. Einzug über Platz vier der Landesliste für Bündnis 90/die Grünen Rheinland-Pfalz in den 20. Deutschen Bundestag. Politischer Schwerpunkt: Gesundheits-, Pflege- und Sozialpolitik.

Mit Prof. Dr. Armin Grau (**AG**) sprach sein ehemaliger Chefarztkollege Prof. Dr. Jürgen F. Riemann (**JFR**), Vorstandsvorsitzender der Stiftung LebensBlicke:

**JFR:** Sie waren als Chefarzt am Klinikum Ludwigshafen ein weit über die Landesgrenzen hinaus bekannter Experte für neurologische Erkrankungen und haben maßgeblich zur Etablierung der Stroke Units beigetragen. Was hat Sie bewogen, im Alter von 63 Jahren Ihre Position als Chefarzt vorzeitig aufzugeben und in die Politik zu wechseln?

**AG:** Ich bin seit jungen Jahren politisch interessiert, seit 38 Jahren Mitglied bei den Grünen und seit rund 14 Jahren in Rheinland-Pfalz kommunalpolitisch und etwas später auch gesundheits- und sozialpolitisch aktiv. Als Chefarzt und für 4 Jahre als Ärztlicher Direktor am Klinikum bin ich mit vielen Problemen in unserem Gesundheitswesen konfrontiert worden, z.B. mit der problembehafteten Krankenhaus-

finanzierung und der Trennung zwischen stationärer und ambulanter Versorgung, beides zum Nachteil der Patient\*innen. Um zu besseren Lösungen beizutragen, habe ich mich dazu entschieden nach vielen Jahren nebenberuflicher Politik jetzt hauptberuflich Politiker zu werden.

**JFR:** Im politischen Geschäft braucht man bekanntermaßen einen langen Atem, um sich Gehör zu verschaffen. Haben Sie bereits einen Eindruck, ob Ihre Fraktion im Deutschen Bundestag Ihre besondere Expertise für sich zu nutzen weiß?

**AG:** Es ist richtig, dass man Geduld haben muss, aber ich habe schon den Eindruck, dass ich mich wirkungsvoll einbringen kann. Für die grüne Bundestagsfraktion bin ich im Gesundheitsausschuss als Berichterstatter für die Themen Krankenhaus, ambulante Versorgung und sektorübergreifende Zusammenarbeit zuständig. Das entspricht auch meinem Wunsch.

**JFR:** In der Gesundheitspolitik spielen derzeit ja ganz andere Themen eine wichtige Rolle, so die Corona Pandemie, die Kollateralschäden danach durch Nichtinanspruchnahme von Vorsorgeleistungen, der jahrelange Abbau von Personalkapazitäten an Kliniken, Praxen und im öffentlichen Gesundheitsdienst, um nur einige zu nennen. Welche Themen sind für Sie über Ihre fachspezifischen Erfahrungen hinaus besonders wichtig?

**AG:** Besonders wichtig ist es als Lehre aus Corona den Öffentlichen Gesundheitsdienst auszubauen und Prävention und Gesundheitsförderung vor allem in sozial benachteiligten Stadtteilen und Kommunen auszubauen. In der Pflege und später auch in anderen Gesundheitsberufen brauchen wir gute Personalstandards, die gute und zufriedenstellende Arbeit ermöglichen; damit gewinnen wir auch genügend Fachkräfte in der Pflege und in den anderen Gesundheitsberufen. Digitalisierung müssen wir im Interesse der Patient\*innen und der Gesundheitsberufe zügig ausbauen, um nur einige der vielen Aufgaben zu benennen.

**JFR:** Wie glauben Sie, können Sie sich in der bekannten Gesundheits-Experten Riege Ihrer Fraktion positionieren?

**AG:** Jede und jeder von uns Gesundheitspolitiker\*innen hat ihre und seine Aufgabenbereiche; mir ist daran gelegen, gute Sachpolitik zu machen und möglichst viele Verbesserungen mit auf den Weg zu bekommen.

**JFR:** Die Corona Pandemie hat viele Menschen stark

verunsichert und ihnen das Gefühl gegeben, ständig einer Gefahr ausgesetzt zu sein. Das gilt vor allem für ältere Menschen. Politische, mediale wie virologische Meinungsvielfalt hat mit dazu beigetragen. Wie glauben Sie, kann Politik erreichen, dass Menschen in und nach der Krise wieder Vertrauen in politischen Entscheidungen gewinnen und vor allem das Gefühl der Verlässlichkeit der politischen Aussagen haben?

**AG:** Die Corona-Pandemie war für uns alle eine neue Erfahrung. Wir waren nicht gut auf die Pandemie vorbereitet und sicherlich wurden auch im Verlauf der Pandemie etliche Entscheidungen getroffen, die sich nicht immer bewährt haben. Wichtig ist es, Entscheidungen gut vorzubereiten und klar zu kommunizieren; damit können Kurskorrekturen vermieden und Vertrauen geschaffen werden. Im Widerstreit zwischen Freiheit und Sicherheit wird es jedoch auch in Zukunft gegensätzliche Meinungen geben; das ist etwas, was unsere Demokratie prägt, im Einzelfall aber auch verunsichernd wirken kann.

**JFR:** Ist unser Gesundheitssystem in seiner derzeitigen Struktur für kommende Herausforderungen z. B. neue Pandemien gerüstet oder müsste sich Ihrer Ansicht nach einiges ändern?

**AG:** Sicherlich muss sich im Hinblick auf Pandemien (die hoffentlich nicht oder zumindest nicht so bald kommen) vieles ändern; der öffentliche Gesundheitsdienst muss personell und strukturell (z.B. in der IT-Technik) gestärkt werden und wichtige Ausrüstungsgegenstände müssen auch wieder mehr in Europa hergestellt werden, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Wir haben einen Fachkräftemangel und hohe Defizite in der gesetzlichen Krankenversicherung; wir müssen unser Gesundheitswesen auch deswegen effizienter machen, Überversorgung und Doppelstrukturen abbauen und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Sektoren ambulant und stationär verbessern, um unser Gesundheitswesen zukunftssicher zu machen.

**JFR:** Der Ukraine Krieg hat noch einmal einen besonderen Akzent gesetzt. Es ist bewundernswert, mit welcher Offenheit die Deutschen Flüchtlinge aus der Ukraine zum Teil auch bei sich zuhause aufnehmen und helfen. Hilfsbereitschaft war immer eine unserer Stärken. Die Frage ist, wie lange sie anhält und wie diese Herausforderung zusätzlich zu den schon jetzt bekannten großen Hilfspaketen finanziell bewältigt werden kann, wenn weitere Flüchtlinge nicht nur aus der Ukraine kommen. Gibt es dazu aus Ihrer Fraktion Überlegungen bzw. schon ein Rezept?

**AG:** Ja, dafür gibt es durchaus schon jetzt ein Rezept. Die Geflüchteten aus der Ukraine dürfen von Anfang an eine Arbeit aufnehmen und sich in den Arbeitsmarkt und damit auch in unsere Gesellschaft integrieren. Die Ampelregierung hat in der aktuellen Lage bereits beschlossen, dass in Kürze ein sogenannter Rechtskreiswechsel stattfindet, d.h. dass die Geflüchteten aus der Ukraine unter die Grundsicherungssysteme (Sozialgesetzbücher II (Hartz IV) und XII) und nicht unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen; damit ist z.B. auch die gesundheitliche Versorgung mit einer Krankenversicherungskarte viel besser geregelt. Wir schaffen Hilfen z.B. bei den Übersetzungshilfen und ermöglichen es, dass ganze Einrichtungen (z.B. Erzieher\*innen und Waisenkinder) in Deutschland zusammenbleiben können. All das erleichtert Integration und reduziert Probleme. Für die Zukunft würde ich mir auch wünschen, dass auch für Geflüchtete aus anderen Regionen Verbesserungen geschaffen werden

**JFR:** Ein drittes wichtiges und für Ihre Fraktion sicher das wichtigste offene Problem sind der Klimawandel und die dazu erforderliche Klimapolitik. Der Wirtschaftsminister und Ihr Parteifreund Robert Habeck hat dazu bereits konkrete Vorschläge entwickelt, Stichwort Osterpaket. Ist Deutschland personell, technisch und vor allem strukturell vorbereitet und auch gerüstet für eine klimaneutrale Umstrukturierung von Wirtschaft und Industrie?

**AG:** Wir haben im Ampel-Koalitionsvertrag viele Maßnahmen vereinbart, die eine zügige Umgestaltung der Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität ermöglichen; dieser Prozess wird jetzt durch den Ukrainekrieg noch beschleunigt werden. Viele der Maßnahmen sind gerade für unsere Region mit einer starken Chemieindustrie sehr wichtig. Ich denke da an die beschleunigte Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien, die Beschleunigung der Planungs- und Zulassungsprozesse, die Klimaverträge (Carbon Contracts of Difference), die einen Ausgleich schaffen für Unternehmen, die bei der CO<sub>2</sub>-Einsparung über den aktuellen CO<sub>2</sub>-Preis hinaus vorangehen und vieles mehr. Wir werden Verwaltungsprozesse deutlich beschleunigen müssen, wie das geht zeigt Robert Habeck gerade bei den Gesetzen zur Lieferung von Flüssiggas. Ich bin optimistisch, dass wir unsere Ziele bis 2030 erreichen werden.

**JFR:** Wie kann/sollte man Menschen erklären, dass unser Land in zehn Jahren von fossilen Energien unabhängig sein will, ohne sicher zu wissen, wie die für die Industrie notwendige energetische Grundlastversorgung aussehen soll?

Die BASF in Ludwigshafen als weltweit größtes chemisches Unternehmen ist von dieser Umstrukturierung ganz besonders betroffen. Muss die Bundesregierung angesichts der geopolitischen Entwicklungen umdenken?

**AG:** Wir wollen Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 erreichen, die BASF SE selbst hat sich ja auch bereits das Ziel 2050 gesetzt. Wir sind überzeugt, dass wir mit erneuerbaren Energien und geeigneten Speichertechniken auch die Grundlast im Bereich Strom sichern können und fossile Energieträger nicht mehr brauchen werden. Die geopolitischen Entwicklungen verstärken jetzt ja noch die Dringlichkeit eines Abschieds von fossilen Energieträgern und beschleunigen den Prozess noch.

**JFR:** Wie können politische Entscheider der Bevölkerung verständlich machen, dass nach Erreichen unserer Klimaziele sich am Weltklima wahrscheinlich zunächst wenig bis gar nichts ändert, weil viele Staaten weltweit gar nicht mitmachen? Kann das wegen der ausgeprägten Erwartungshaltung zu Problemen und Spannungen führen?

**AG:** Wir in Deutschland tragen mit rund 1% der Erdbevölkerung aktuell mit zirka 2% zum Ausstoß klimaschädlicher Gase bei, ganz zu schweigen von unserer Vergangenheit mit einer über 150-jährigen Industriegeschichte und einem überproportionalen Anteil an der Entstehung der Klimaerhitzung. Es geht darum, im Prozess hin zur Klimaneutralität jetzt voranzugehen und ein positives Beispiel zu setzen. Das ist auch der richtige Weg, um unseren Wohlstand in Zukunft zu sichern, weil unsere Umwelt- und Klimaschutztechnologien die Exportschlager der Zukunft werden. Gute Kommunikation der politischen Entscheidungen ist sehr wichtig, um Spannungen zu vermindern bzw. ihnen vorzubeugen.

**JFR:** Wenn Sie einen Wunsch für eine politische Entwicklung haben, was würden Sie sich zum Beispiel nach vier Jahren Bundestag wünschen, durch ihre Mitarbeit erreicht zu haben?

**AG:** Ich wünsche mir, zu einer besseren Finanzierung und zu einer zukunftssicheren Struktur der Krankenhäuser in Deutschland, zu einem Abbau von wirtschaftlichen Fehlanreizen, zu einer besseren Zusammenarbeit der Akteure im deutschen Gesundheitswesen und damit insgesamt zu einer verbesserten und gesicherten Patientenversorgung beigetragen zu haben.

**JFR:** Lieber Herr Grau, herzlichen Dank für dieses offene Gespräch, das ich sehr gerne in alter Verbundenheit mit Ihnen geführt habe.